


Wahlprüfsteine des Jungen DBSH Münster zur Kommunalwahl 2020 in Münster

- Antworten von 

- **Wie bewerten Sie die aktuelle Lage von Praktikant*innen der Sozialen Arbeit hinsichtlich der finanziellen Situation während des studienintegrierten Pflichtpraxissemesters?**

Wir empfinden es als respektlos, dass Sozialarbeiter*innen, obwohl sie einen unabdingbar notwendigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten, während des Praxissemesters immer noch nicht angemessen entlohnt werden, zumeist erhalten sie sogar gar keine Vergütung. Das führt dazu, dass Student*innen das Praxissemester ungewollt aufschieben müssen, nur in Teilzeit absolvieren oder sich durch die Aufnahme von Krediten erheblich verschulden. Dies ist zugleich eine erhebliche Ungleichbehandlung gegenüber beispielsweise angehenden Lehrer*innen und Jurist*innen, die im Referendariat 1200-1300 € brutto erhalten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Praktikant*innen in allen Bereichen angemessen entlohnt werden. Die Entlohnung am Ende des Studiums muss sich dabei an der Entlohnung im schulischen und juristischen Vorbereitungsdienst orientieren.

- **Welche Unterstützungsmaßnahmen für Studierende der Sozialen Arbeit (insbesondere für Studierende, die nicht Bafög berechtigt sind) streben Sie für die nächste Legislaturperiode an?**

Eine umfassende Neuregelung der Vergütung für Praktikant*innen, insbesondere innerhalb von Praxissemestern, ist leider nur auf Landes- und Bundesebene möglich. Wir wollen jedoch auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insb. der Vergütung, zu erreichen. Dazu gehört es zu allererst, dass

Praktikant*innen der sozialen Arbeit im Praxissemester bei der Stadtverwaltung angemessen entlohnt werden. Die Stadt muss hier Vorreiter und Vorbild für andere Institutionen, insb. die öffentlichen Träger, sein. Die Stadt sollte hierzu auf die in Münster ansässigen Träger zugehen, um gemeinsame Standards für eine Praktikumsvergütung zu entwickeln.

- **Inwieweit beabsichtigen Sie eine verpflichtende Bezahlung von studienintegrierten Pflichtpraktika während der Ausbildung für Fachkräfte der Sozialen Arbeit umzusetzen?**

DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene schon seit Jahren für eine gesetzliche Regelung ein, die Arbeitgeber*innen dazu verpflichtet, Praktika generell zu vergüten.

- **Welche Maßstäbe planen Sie bei der Höhe der Vergütung von studienintegrierten Praxissemester festzulegen?**

Für kurze Praktika vor oder im Studium strebt DIE LINKE eine verpflichtende Vergütung von mindestens 300 € monatlich an. Perspektivisch muss jedoch auch dieser Betrag deutlich steigen. Für Praxissemester am Ende des Studiums streben wir eine Anlehnung an die Vergütung im schulischen und juristischen Vorbereitungsdienst an.

- **Jedes Semester absolvieren Studierende der Sozialen Arbeit ihre Praktika in der Trägerschaft der Stadt Münster (Jugendamt, Sozialamt, Jobcenter etc.). Inwieweit werden Sie diese Studierenden in der Haushaltsplanung der Stadt Münster berücksichtigen?**

Derzeit erhalten Praktikant*innen im Praxissemester keinerlei Vergütung bei der Stadt Münster. Dies muss sich sofort ändern. Wir werden uns in der kommenden Ratsperiode für eine angemessene Vergütung einsetzen.

- **Studierende der Sozialen Arbeit, welche das Praxissemester absolvieren, verfügen nachweislich über hohe fachliche Kompetenzen und stehen kurz vor der erfolgreichen Beendigung ihres Studiums. Wie stehen Sie dazu, dass Teilnehmende eines Freiwilligen Sozialen Jahres in der gleichen Einrichtung wie ebendiese Studierende eine (höhere) Vergütung erhalten?**

DIE LINKE kritisierte seit Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes die dortige Vergütung, bei der die Freiwilligen lediglich ein Taschengeld i.H.v. 350 € monatlich erhalten. Dies hat zum einen zu einem neuen Niedriglohnbereich geführt, zum anderen dazu, dass kaum jemand diesen Dienst ableistet. Dementsprechend konnte er auch nicht den Bundeswehr-„Ersatzdienst“ ersetzen. Generell lehnt DIE LINKE es ab, die geringe Personaldecke in sozialen Einrichtungen, insbesondere in Pflegeheimen, durch den Bundesfreiwilligendienst aufzustocken. Stattdessen müssen ausreichend Fachkräfte, insbesondere Pflegekräfte und Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, um die Menschen würdig zu versorgen und ihnen zu helfen. Dementsprechend fordert DIE LINKE für beide Bereiche eine angemessene Vergütung.

(Stand: 13. August 2020)